

Effizienz und Green Growth

Ein unerfülltes Versprechen

Von Rudi Kurz

Ließe sich Wirtschaftswachstum weiter vom Ressourcenverbrauch entkoppeln und mit Umweltentlastung und Gerechtigkeit verbinden, käme es endlich allen Menschen zugute. Soweit die Theorie, in der Praxis bräuchte es jedoch eine echte Effizienzrevolution, die sich bislang aber noch nicht abzeichnet. Wie gut, dass Nachhaltigkeitspolitik noch das Ass Suffizienz im Ärmel hat.

— Die Effizienz zu erhöhen, ist die zentrale Komponente jeder Nachhaltigkeitsstrategie. Durch Effizienzsteigerung kann es gelingen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Damit Bruttoinlandsprodukt und Einkommen weiter wachsen können, während der Verbrauch fossiler Energieträger, von Material, Land und anderem sinkt, muss die Ressourcenproduktivität steigen. Dieser Zusammenhang hat die Nachhaltigkeitsdiskussion weltweit geprägt. Bereits 1996 forderte die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die Energieproduktivität um drei bis fünf Prozent und die Materialproduktivität um vier bis sechs Prozent pro Jahr zu erhöhen. (1)

Die Steigerung der Ressourcenproduktivität ermöglicht es, das tradierte Wohlstandsmodell (Wachstumsparadigma) fortzusetzen: Mehr Wohlstand durch mehr Güterproduktion zu generieren, gelingt nun unter Beachtung ökologischer Leitplanken und Befriedung von Verteilungskonflikten aus den Zuwächsen. Wachstum wird dadurch

zu *Green Growth*, auch grünes oder intelligentes Wachstum genannt. (2) Dank der Steigerung von Effizienz und Produktivität wird das Wachstumsparadigma nicht in seinen Grundlagen herausgefordert, sondern das System lediglich leicht umprogrammiert. Ging es bislang primär um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, gilt es nun, statt Arbeitsstunden Tonnen, Kilowattstunden und Hektar einzusparen. Ökologische Herausforderungen werden zum Wachstumsimpuls und stabilisieren als Modernisierungsprogramm das Wachstumsparadigma.

Die Wirtschaft begrünen

Es ist nicht verwunderlich, dass die Diskussion der 1980er-Jahre um qualitatives Wachstum im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 wieder auflebte, nachdem das global dominierende Wachstumsparadigma (Stichwort Washington Consensus) gescheitert und diskreditiert war. Schließlich fand *Green Growth* durch die Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung eine neue Ausrichtung und etablierte sich international in leicht modifizierter Form: So hält das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) die Ökologisierung der Wirtschaft nicht für ein Hindernis, sondern für einen Motor für das Wachstum, da sie menschenwürdige Arbeitsplätze schaffe und ein entscheidender strategischer Ansatz bei der Armutsbekämpfung sei. (3) Auch die OECD befindet, dass eine *Green-Growth*-Strategie zur nachhaltigen Entwicklung beitrage. Ihr Ziel müsse ein klar umrissener Plan sein, der Staaten dabei hilft, ökonomisches Wachstum und Entwicklung zu erlangen, ohne der Umwelt und dem Klima zu schaden und ineffizient mit Ressourcen umzugehen. (4) Die Weltbank betont zusätzlich die soziale Dimension („inclusive green growth“). (5)

Bei *Green Growth* soll Wirtschaftswachstum also kombiniert werden mit Umweltentlastung und Gerechtigkeit, das heißt, es soll allen zugute kommen. Eine solche Zielvorstellung ist konsensfähig, zugleich attraktiv und ambitioniert. Aber ist sie auch machbar? Wie sind die bisherigen Erfahrungen zur Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch? Falls die Effizienzsteigerungen nicht ausreichen – welche (wirksamen und konsensfähigen) Maßnahmen verbessern diese?

Am Beispiel der deutschen Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (6) lässt sich für drei Bereiche untersuchen, welche Effizienzsteigerungsraten erforderlich sind, um den

„ Dank der Steigerung von Effizienz und Produktivität wird das Wachstumsparadigma nicht in seinen Grundlagen herausgefordert, sondern das System lediglich leicht umprogrammiert. “

Ressourcenverbrauch unter Wachstumsbedingungen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. (7)

▫ Dekarbonisierung: Bis 2050 will Deutschland die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent reduzieren (verglichen mit dem Basisjahr 1990). Nimmt man in dieser weiten Spanne das ehrgeizigere Ende, wonach Deutschland im Jahre 2050 nur noch etwa 50 Millionen Tonnen Treibhausgase emittiert, erforderte dies – ausgehend von 2015 und einem Prozent Wirtschaftswachstum jährlich – eine Effizienzsteigerungsrate von neun Prozent pro Jahr. Tatsächlich sind die Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2015 um 27,2 Prozent gesunken. Da das Bruttoinlandsprodukt um fast 30 Prozent angestiegen ist, liegt die jährliche Effizienzsteigerungsrate unter zwei Prozent. Es besteht also eine enorme Effizienzlücke.

▫ Dematerialisierung: Die Rohstoffproduktivität in Deutschland soll sich der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zufolge von 1994 bis 2020 verdoppeln. Das ohnehin nicht besonders ehrgeizige Ziel, die Produktivität um 2,8 Prozent pro Jahr zu steigern, wird ebenfalls deutlich verfehlt (vgl. S. 79 ff.).

▫ Renaturierung: Der Anstieg der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungsbau und Verkehr lag 1996 bei 120 Hektar pro Tag. Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist es, den Flächenbedarf auf 30 Hektar täglich bis 2020 zu reduzieren, unter anderem, um die Biodiversitätsziele zu erreichen (vgl. 68 ff.). Dazu müsste die tagesdurchschnittliche Flächenversiegelung Jahr für Jahr um etwa fünf Prozent abnehmen. Tatsächlich wurde bis 2014 ein Rückgang auf 69 Hektar pro Tag erreicht, was einem Rückgang von drei Prozent pro Jahr entspricht. Um das Ziel zu erreichen, müsste die Neuversiegelung jährlich aber um 13 Prozent zurückgehen, was nicht sehr wahrscheinlich ist.

Fazit: Die Effizienzsteigerungsraten in Deutschland sind mit zwei bis drei Prozent pro Jahr etwas höher als diejenigen anderer OECD-Staaten. Das bedeutet, dass es in der Vergangenheit tatsächlich eine anhaltende Steigerung der Kohlenstoff-, Ressourcen- und Landnutzungseffizienz gegeben hat – aber keine Effizienzrevolution. Die Steigerungsraten reichen nicht aus, um bei anhaltendem Wirtschaftswachstum den Ressourcenverbrauch wie angestrebt zu reduzieren. In der Folge wird Deutschland seine ökologischen Nachhaltigkeitsziele verfehlen.

Wege zur Steigerung der Effizienz

Effizienzlücken müssen geschlossen werden, damit Nachhaltigkeitsstrategien konsistent sind und nicht letztlich die ökologischen Leitplanken durchbrochen werden. Dazu ist zunächst zu fragen, wie sich Effizienzsteigerungsraten erhöhen lassen. Ein Ansatz ist, die Forschungs- und Innovationspolitik konsequenter auf Ressourceneffizienz auszurichten; derzeit setzt sie jährlich Milliardenbeträge kontraproduktiv ein, etwa im Zuge der Energiewende und der Hightech-Strategie. Im Rahmen einer Ökologischen Finanzreform gilt es, ökologisch kontraproduktive Subventionen abzuschaffen, etwa die bis heute andauernde Privilegierung von Dieselfahrzeugen bei der Energiesteuer (vgl. S. 140 ff.). Auch die Verteuerung von CO₂-Emissionen würde die Anreizstruktur für Konsument(inn)en und Investoren so verändern, dass sich Forschung und Innovation für Ressourceneffizienz lohnen.

Für ihre langfristigen Investitionsentscheidungen braucht die Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen, das heißt eine vorausschauende Politik, die einen Konsens über die Zukunft, die wir (nicht) wollen, herstellt: Mit der Energiewirtschaft bedeutet das, sich auf den Kohleausstieg zu einigen und mit der Automobilindustrie das Ende des Verbrennungsmotors zu vereinbaren. Da so die Suche nach Alternativen stimuliert wird, muss die Formulierung verbindlicher Ziele (Leitplanken, Obergrenzen) an Bedeutung gewinnen. Zu einem höheren Nettoeffekt der Ökoeffizienz könnte auch eine Abschwächung der Reboundeffekte beitragen, die Effizienzsteigerungen konterkarieren. Das wäre beispielsweise durch das Abschöpfen der Effizienzgewinne möglich, indem man Rohstoff- und Energiesteuern kontinuierlich steigert, CO₂-Zertifikate aufkauft oder stilllegt. Da die Effizienzpolitik bislang nicht die erforderliche Wirksamkeit erzielt, muss die Nachhaltigkeitspolitik immer auch die Möglichkeiten

der Suffizienzpolitik analysieren. Suffizienz kann verbleibende Effizienzlücken schließen: Stiege die Effizienz um drei bis vier Prozent und gingen der Konsum um ein bis zwei Prozent zurück, ließe sich der Ressourcenverbrauch um etwa fünf Prozent pro Jahr reduzieren. Die Suffizienzrevolution erfordert zivilgesellschaftliche Experimente und Modelle, die aufzeigen, wie es gelingen kann, Wohlstand (Zufriedenheit, Glück) mit weniger Güterproduktion zu erhalten. Hier ist gesellschaftliche Innovation gefragt, die auf der Kreativität von Individuen und Zivilgesellschaft basiert – gut, dass das individuelle Experimentieren längst begonnen hat. Der Politik obliegt es nun, die entsprechenden förderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Mehr Raum für die Kulturwende

Schließlich muss Effizienzpolitik in eine breiter angelegte Nachhaltigkeitspolitik eingebettet werden, die auch Verteilungskonflikte adressiert. Zwar bringt Effizienzpolitik stets auch Gewinnergruppen hervor, allerdings wird sie den Strukturwandel beschleunigen, damit Ängste erzeugen und Verlierergruppen entstehen lassen. Daher wird es – auch vor dem Hintergrund von zukünftig (sehr) niedrigen Wachstumsraten – immer wichtiger, Kompensationslösungen auszuarbeiten; Stichworte sind hier Arbeitszeitmodelle, Qualifizierung und Umschulung, Ökobonus, Grundsicherung und bürgerschaftliches Engagement (vgl. S. 104 ff.).

Fazit: Auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen zeichnet sich eine Effizienzrevolution nicht ab. Daher darf sich Nachhaltigkeitspolitik nicht allein auf Effizienz stützen und deshalb erweist sich Green Growth als unerfülltes Versprechen. Die effizienzbasierten Diskussionen über die Energie-, Verkehrs- und Rohstoffwende sind wichtig. Mehr Raum gebührt aber der Konsumwende, die wiederum Teil einer Kulturwende ist (vgl. S. 98 ff.). Ein postmaterialistischer Kulturentwurf ist in Umrissen bereits in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ von 1996 angelegt, mit den vier E's: Entschleunigung, Entflechtung, Entkommerzialisierung, Entrümpelung. Letztlich geht es – immer noch – um ein fünftes E: Emanzipation im Sinne von Immanuel Kant und den „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (1784). (8) ———

Anmerkungen

- (1) BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel et al., S. 80.
- (2) Fücks, Ralf (2013): Intelligent wachsen – Die grüne Revolution. München.
- (3) UNEP (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. Download unter web.unep.org/greeneconomy (Resources/Green Economy Report)
- (4) OECD (2011): Towards Green Growth. Download unter www.oecd.org (Topics / Green Growth and Sustainable Development / Green Growth Strategy)
- (5) World Bank (2012): Inclusive Green Growth. The Pathway to Sustainable Development. Download unter www.worldbank.org (Publications / Suche nach: Inclusive Green Growth / Inclusive Green Growth. The Pathway to Sustainable Development)
- (6) Bundesregierung (2012): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012. Berlin. Statistisches Bundesamt (2016): Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie. Wiesbaden.
- (7) Kurz, Rudi: Green Growth and Sustainable Development. In: Moczadlo, Regina et al. (Hrsg.) (2014): Regional and International Competition. A Challenge for Companies and Countries. Pforzheim, S. 11–20.
- (8) Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatschrift 4/1784, S. 481.



Wie machen Sie sich selbst zukunftsfähig?

Durch Mainstreaming der Suffizienzfrage: Wie viel ist genug?

Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Pforzheim und engagiert sich ehrenamtlich beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Kontakt

Prof. Dr. Rudi Kurz
Hochschule Pforzheim
E-Mail rudi.kurz@hs-pforzheim.de

Zum Autor

Rudi Kurz, geb. 1952, Volkswirt, lehrt seit 1988
